

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Ostpreußen 10.— M., im voraus zahlbar. Für den Bezug nehmen sämtliche Verwaltungen Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutsch-land und Österreich 15.— M., für das übrige Ausland 24,00 M., postfrei. Volant- und Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 35.— Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 84b.

Die achtspaltige Anzeigenzeile über dem roten Rand kostet 1.— M., einschließlich Steuerzuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerzuschlag. Postfreie Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Gebrauchs-Anzeigen 1,20 M. netto pro Zeile. Gebrauchs-Anzeige in Wort-Anzeigen: das fertige Blatt Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Sozialistischer Protest gegen Gewalt

Der Ernst der Stunde

Paris, 17. April.

Der Abgeordnete Blum schreibt im „Populaire“, Freitag habe im Elysee ein wahrer Kriegsrat stattgefunden; er sei nicht im geheimen abgehalten worden, sondern offiziell als großes Spektakulum mit großem Geräusch. Zu gleicher Zeit meldeten einige offiziöse Blätter, daß zwei Jahresklassen einberufen würden. Die feste Hand werde also niederkommen, der Gendarm werde sich vorwärtsbewegen. Man müsse gestehen, daß Poincaré es nicht hätte besser machen können. Blum fragt, was bei diesem Abenteuer aus den Reparationen und dem Frieden werde. Die schlimmste Gefahr der Einschüchterungspolitik sei, daß man oft Gefangener seiner Bedrohungen werde; die schlimmste Gefahr der Zwangspolitik sei, daß man sich verpflichte, dabei zu beharren. Eine Zwangsmahnahme ziele die andere nach sich, die Gewalt rufe nach Gewalt, und so höre man wieder das Geklirr der Waffen. Es sei menschlich nicht möglich, daß man bis zum Ende dieser Tollheit gehe. Was immer auch die Komödie des Scheins und der Schrei einer überregten Presse sein möge, der Wille Frankreichs sei nicht zweifelhaft, es wolle den Frieden, wie die ganze Welt ihn wolle. Das sei nicht bloß der Schrei einer einzelnen Partei, das sei der Wille der gesamten Nation, und die, die ihn verlernen würden, würden bald dessen Stärke fühlen.

Auch das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ fragt, ob man wieder zur Kriegszeit zurückkehren. Entgegen dem, was die Agitatoren und Rührer des Nationalismus behaupteten, sei es unmöglich, durch neue militärische Operationen die deutsche Politik in Bezug auf die Reparationen zu ändern. Die Arbeiterklassen beider Länder seien von dem Gedanken durchdrungen, daß nur ein offenes Spiel eine wünschenswerte Lösung bringen könne. Man müsse raschestens mit dem aufrichtigen Wunsch nach Reparation und Einverständnis verhandeln. Es gebe kein anderes Mittel, aus der jetzigen Sackgasse herauszukommen. Das werde die beiden Parteien einander viel näher bringen als alle kriegerischen Forderungen, selbst wenn sie Parisien orchestrieren würde.

Ueber die Konferenz selbst, die am Freitag bei Millerand stattfand, berichtet „Petit Parisien“, es sei beschlossen worden, eine gemischte Kommission einzusetzen, die die Vorschläge unsarbeiten soll, die nach dem 1. Mai den Alliierten unterbreitet werden sollen, wenn Deutschland nicht nach dem Friedensvertrag von Versailles seine Verpflichtungen bis dahin erfüllt. Diese gemischte Kommission wird am Montag eine Sitzung abhalten, an der u. a. Marshall Foch und General Weygand, Louchet und Gendouy teilnehmen werden.

Das Blatt sagt weiter, da die Konferenz der Alliierten nicht vor den ersten Maiagen stattfinden könne, würden die französischen Sachverständigen ungefähr 14 Tage Zeit haben, um ihre Arbeit zu vollenden. Gewisse Fragen müßten geklärt werden, vor allem die, wie weit die alliierten Truppen vorrücken sollten und wie man die Bewohner der besetzten Gebiete ernähren solle. Das militärische Problem könne also nicht von dem wirtschaftlichen getrennt werden. Die Hauptfrage aber sei, wie man sich bezahlt machen könne. Wenn man beispielsweise eine Steuer auf die Kohle des Ruhrgebietes lege oder die Kohlengruben beschlagnahme, die im Staatsbesitz seien und deren jährlicher Ertrag auf 13 Millionen Tonnen geschätzt werde, so erhalte man nicht viel. Eine Kohlensteuer von 50 Prozent des Wertes ergebe keinen höheren Betrag als 700 Millionen Goldmark. Der Wert der Staatsgruben überschreite nicht 500 Millionen Goldmark. Man sei also weit entfernt von den Milliarden Goldmark, die man für die Reparationen nötig habe. Höchstens könnten die Erträge im Ruhrgebiet die Besetzungskosten decken und einen kleinen Betrag für die Reparationen übriglassen. Die Besetzung des Ruhrgebietes oder jedes anderen industriellen Bezirks müsse also viel eher als ein Druckmittel auf Deutschland denn als ein Zahlungsmittel angesehen werden.

Das französische Blatt gibt also ganz offen zu, daß durch die militärischen Maßnahmen allein keine neuen Geldquellen erschlossen werden können. Es bleibt nichts übrig, als sich wiederum an den Verhandlungstisch zu setzen. Daß es, um dieses zu erreichen, neuer militärischer Druckmittel bedürfe, ist falsch. Die schaffen nur die Erbitterung und verstärken überall die nationalistische Stimmung und die Stellung der Katastrophen-Politiker.

Unsere französischen Genossen haben ausgesprochen, daß die Politik der „niederlassenden Faust“ nicht die Politik des französischen Volkes ist. Ebenjowenig ist Ablehnung der Wiedergutmachungspolitik des deutschen Volkes. Die deutsche Regierung hat die Pflicht, ihrerseits dem Ernst der Situation entsprechend zu handeln.

Neue Vorschläge Deutschlands in Amerika überreicht?

Der „Intransigent“ meldet: Die Vereinigten Staaten haben die Vorschläge Deutschlands durch einen zentralen Vermittler erhalten. Der wesentliche Inhalt der Vorschläge ist, wie das Blatt zu wissen glaubt, der Plan

einer internationalen Anleihe und die Uebernahme der Ententeschulden an Amerika durch Deutschland.

CC. London, 18. April.

Der „Observer“, der die Ansichten Lord Georges wiedergibt, erklärt heute: Die englische Regierung versichert, daß ihr bis jetzt noch keine genaue Mitteilungen über neue deutsche Vorschläge gemacht wurden. Sobald aber diese übermittelt werden und die Regierung darin geeignete Grundlagen finden würde, auf denen die neuen Verhandlungen basieren könnten, würde sie evtl. für eine Aufhebung der Zwangsmahnahmen eintreten.

Amerika beteiligt sich wieder

Nach einer Hasardmeldung aus London kündigt eine Washingtoner Depesche offiziell an, daß die Vereinigten Staaten entschieden hätten, sich auf den Konferenzen über die Reparationsfrage, sowie bei allen anderen, die sich auf Fragen beziehen, die durch den Krieg veranlaßt wurden, vertreten zu lassen.

Ersatzwahlen in Frankreich

Die Ersatzwahlen für die Kammer in den Departements Dife und Cötes du Nord haben folgende Ergebnisse gehabt: Im Departement Cötes du Nord erhielten die Liste der Gemäßigten 30 000, jene der Sozialisten etwa 9000 Stimmen; im Departement Dife entfielen auf die Linke 25 000, auf den sozialistisch-republikanischen Block 25 000, auf die Einheitssozialisten 10 000 und auf die Kommunisten ebenfalls 10 000 Stimmen. In beiden Wahlkreisen finden Stichwahlen statt.

Fortdauer des englischen Kohlenarbeiterstreiks

CC. London, 18. April.

In Süd-Wales sprachen sich die Bergarbeiter für die Fortsetzung des Streiks aus. In anderen Bezirken sind die Ansichten unter der Arbeiterschaft geteilt. Als Folgeerscheinung des Streiks mühten bereits in vielen Teilen des Landes industrielle Unternehmungen den Betrieb einzustellen. Die Zahl der Arbeitslosen wächst daher stündlich. Die englische Admiralität ist daher gezwungen, sich Kohle aus Neu-Schottland zu besorgen, während die Betriebe daran denken, die Kohle aus Amerika zu beziehen.

Deutschösterreich und der Anschluß

Am Sonntag fand in Wien eine Kundgebung für den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland statt. Die Kundgebung zeigte offenbar in nationalistische Hege aus, was schon daraus hervorgeht, daß vor der französischen Gesandtschaft demonstriert wurde. Eine größere Abordnung erschien beim Bundeskanzler Dr. Marx, um ihm eine Entschlüsselung vorzulegen, in der die Regierung und der Nationalrat aufgefordert werden, sofort alles einzuleiten, was zur Annahme des Anschlusses erforderlich ist, und vor allem die Volksabstimmung sofort vorzunehmen.

Bundeskanzler Marx nahm die Entschlüsselung zur Kenntnis und erklärte, er könne sich der Anschauung nicht anschließen, daß der Weg der Kredit nicht weiter verfolgt werden solle. Dieser Weg müsse vielmehr erst zu Ende gegangen werden, und es könne seiner Ueberzeugung nach nicht mehr lange dauern, bis auf ihm ein Ergebnis erreicht sei. Er bitte daher noch um einige Wochen Geduld. Den Weg des unmittelbaren Anschlußes könne die Regierung in diesem Augenblicke nicht beschreiten, da Österreich dann keine Kredite bekommen würde, ganz abgesehen davon, daß man Österreich den Anschluß gar nicht gestatten würde. Auch Deutschland könne gegenwärtig Österreichs Anschluß nicht zugeben und nicht wünschen, da es sich selbst in sehr schlimmer Zwangslage befindet. Ich muß daher, fuhr Bundeskanzler Marx fort, Ihren Schritt im gegenwärtigen Zeitpunkt als nicht glücklich bezeichnen, allzuviel fröhlich auf dem Spiele. Durch einen unbedenklichen Schritt unsererseits könnte selbst das Burgenland noch verloren gehen und auch das Sozial Oberösterreichs ungünstig beeinflusst werden. Bedenken Sie auch, daß wir ohne auswärtige Hilfe vielleicht schon in zwei Monaten nichts mehr zu essen haben und in größte Ernährungsnot geraten kommen müßten. Die Regierung muß daher gegenwärtig dringend bitten, wenigstens in den nächsten Wochen, bis die Entscheidung in der Frage der Kredite gefallen ist, von beratenden Kundgebungen abzusehen. Ich höre, daß Demonstrationen vor der französischen Gesandtschaft stattgefunden haben und muß sie als schädlich bezeichnen und auch aus internationalen Gründen nicht zugeben und nicht wünschen, da es sich selbst in sehr schlimmer Zwangslage befindet.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Anschlußverlangen Deutschösterreichs sowohl in wirtschaftlicher, als auch in politischer Beziehung durchaus gerechtfertigt ist. Aber man muß doch dem österreichischen Bundeskanzler zustimmen, wenn er sagt, daß der jetzige Zeitpunkt für die Verwirklichung der Volkswahl nicht günstig sei, denn wer richtig politisch denkt, muß auch den richtigen Zeitpunkt wählen und die Machverhältnisse ins Auge fassen.

Das Antistreikgesetz

Von E. Kuffhäuser

Seitdem die Gewerkschaften als die berufenen wirtschaftlichen Interessenvertretungen der Arbeitnehmer Anerkennung gefunden haben und seitens der Behörden zu den Beratungen über wichtige Gesetzesvorlagen hinzugezogen werden, hat die Teilnahme der Massen an der kritischen Behandlung der sozialpolitischen Gesetzentwürfe vielfach bedenklich nachgelassen. Früher, als die Gewerkschaften mit den Behörden hauptsächlich auf dem Eingabeweg verkehrten mußten, ohne daß eine unmittelbare mündliche Verhandlung möglich war, debattierten Gewerkschaftsführer und Mitgliedschaften in den Versammlungen über diese Gesetzesvorlagen, um dabei die notwendige Kritik zu üben, bevor sich die Parlamente damit befahen. Heute wird in den Kommissionen des Reichsarbeitsministeriums und an ähnlichen Stellen durch die Gewerkschaftsvertreter eine umfangreiche, ja teilweise geradezu aufreibende Mitarbeit geleistet, doch stehen derartige Arbeitsausflüsse den Mitgliedschaften isoliert gegenüber. Insbesondere pflegen sich Arbeiterversammlungen (bei den Angestellten liegt es noch etwas günstiger) nur noch sehr selten mit sozialpolitischen Gesetzentwürfen zu beschäftigen. In dieser Handhabung liegt eine Gefahr, denn nach der Verabschiedung der Gesetze zeigt sich meist erst, wie sehr die gesamten Arbeiterinteressen von solchen Vorlagen berührt werden. Ein geradezu klassisches Beispiel, wozu ein solches Desinteressement der Arbeitermassen an der sozialpolitischen Gesetzgebung führen muß, hat sich beim Betriebsrätegesetz gezeigt, dessen unsog. Ausnahmestellen für die meisten Arbeiter erst bei der praktischen Durchführung zu fühlen bekommen haben. Wir haben in diesem Jahre mit der Schaffung einer Schlichtungsordnung zu rechnen, deren Tragweite der des Betriebsrätegesetzes gleichkommen wird, und es wäre später wahrscheinlich kaum noch gutzumachen, wenn etwa auch bei diesem Gesetz die Diskussion in den Betrieben und den allgemeinen Arbeiterversammlungen erst mit dem Einsetzen der parlamentarischen Beratungen beginnen sollte.

Das Schlichtungsverfahren bedarf zweifellos einer allgemeinen und einheitlichen gesetzlichen Regelung, und es soll nicht verkannt werden, daß der jetzt veröffentlichte Entwurf des Reichsarbeitsministeriums die rein technische Behandlung der Streikfälle besser als bisher regelt. Die Gefährlichkeit dieser neuen Schlichtungsordnung besteht aber darin, daß grundsätzlich die Entscheidungsfreiheit der organisierten Arbeiter und Angestellten über ihre kampftaktischen Maßnahmen beseitigt wird. Als Zweck und Ziel des Schlichtungsverfahrens bezeichnet der Entwurf zwar einleitend die Herbeiführung einer gütlichen Einigung zwischen den streikenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmergruppen. In den einzelnen Paragraphen wird aber im Gegenteil zu dieser Ankündigung das Prinzip der Zwangsschlichtung gesetzlich festgelegt.

Zur Beurteilung der geplanten grundsätzlichen Änderung muß vorausgeschickt werden, daß der Tarifgedanke und das mit ihm verbundene Schlichtungsverfahren niemals zu umgehenden oder zur Beschränkung des Kampfstandpunktes führen dürfen, der in einer kapitalistisch orientierten Warenerzeugung und Warenverteilung Voraussetzung jeder freien Gewerkschaft sein muß. Die Notwendigkeit weiterer Vertiefung des Tarifwesens darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß tarifliche Abmachungen keine Aufhebung des Kampfes zwischen Unternehmer- und Arbeitnehmerschaft, sondern lediglich einen Waffenstillstand darstellen. Die daraus entstehenden Bindungen und die zur Schlichtung von Kollektivstreiks bestehenden gesetzlichen Einrichtungen dürfen daher nicht zur Entwaffnung der Arbeitnehmerorganisationen führen. Wir müssen uns also mit aller Entschiedenheit dagegen wenden, daß den organisierten Arbeitnehmern durch Gesetz der Gebrauch aller ihnen zur Verfügung stehenden organisatorischen Machtmittel erschwert und unmöglich gemacht werden soll.

Das Unternehmertum ist durch den Besitz der Produktionsmittel in einer gewaltigen Machtposition, und die Regierung hat bisher keinerlei Neigung gezeigt, die kapitalistische Welt der Arbeiter entgegen einer sozialistischen Produktion einzunengen. Die Arbeiter und Angestellten dagegen haben im Kampf gegen das Unternehmertum als leichtes Mittel nur die organisierte Verweigerung ihrer Arbeitskraft zur Verfügung. Die unbedingte Aufrechterhaltung des Streikrechtes gehört zu den Grundrechten der arbeitenden Menschen. Die Entscheidung über Anwendung und Gestaltung des Streiks auch nur in beschränkter Weise in die Hände der behördlichen Bürokratie zu legen, wäre auch mit dem in der Reichsverfassung gewährleisteten Koalitionsrecht unvereinbar. Der Gesetzentwurf enthält aber die zwingende Vorschrift, daß die Beteiligten von den Schlichtungseinrichtungen Gebrauch machen müssen bevor Arbeiterkämpfe anfangen. Das Reichsarbeitsministerium beruft sich darauf, daß die Gewerkschaften für ihre Mitglieder heute schon dieselbe Verpflichtung eingestrichelt haben. Es ist aber ein wesentlicher Unterschied, ob die Gewerkschaftsmitglieder in ihrer freien Organisation bestimmte Richtlinien vereinbaren, nach denen

Betriebsräte von Tempelhof, Dienstag, den 19. April 1921, findet nachmittags 3 Uhr im Restaurant Bürgergarten, Tempelhof, Berliner Straße 165, eine Sitzung aller freierwerblich organisierten Betriebsräte statt. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Ausschuhwahlen der Urmelnen Ortskrankenkasse Tempelhof. Die Mitglieder der Gewerkschaftskommission sind dazu eingeladen.

Freizeiter. Gegen die Ablehnung der 30prozentigen Teuerungszulage nahm eine öffentliche Demonstrationssammlung der Freizeiter, einberufen von dem Arbeitnehmerverband des Freizeitergewerbes, am letzten Donnerstag in den Sophien-Eisen Stellung. Der Referent, Koll. Karl Lorenz vom Hauptvorstand, sprach in einleitender Rede die Einwände der Arbeitgeber. Er kam besonders auf die Ablehnungsmethoden des Arbeitgeberführers A. L. u. b. zu sprechen und betonte, daß dieser Herr versucht, jetzt genau mit denselben Mitteln gegen die Freizeitergehilfen vorzugehen, wie er es früher tat, als er noch Zwischenmeister bei der Schützenkonfession war. Der Referent hob hervor, daß in allen anderen Städten in Deutschland Löhne zwischen 150-180 M. von den Arbeitgebern gezahlt werden können. Nur hier in Berlin, wo die Löhne noch 135 M. für Herrenfreizeiter und 145 M. für Damenfreizeiter betragen, tut es besonders weh, daß die Löhne erhöht werden; denn die Erwerbslosenunterstützung ist schon höher als der jetzt gezahlte Tariflohn. Die Versammlung, welche gut verlief, nahm eine Resolution in dem Sinne an, wonach die Versammelten sich verpflichten, sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die Durchführung der 30prozentigen Teuerungszulage einzusetzen. Desgleichen sollen alle noch stehenden Kollegen aufgefordert werden, der Organisation, dem Arbeitnehmerverband im Freizeiter- und Haargewerbe, beizutreten.

einsetzen. Desgleichen sollen alle noch stehenden Kollegen aufgefordert werden, der Organisation, dem Arbeitnehmerverband im Freizeiter- und Haargewerbe, beizutreten.

Aus den Organisationen

Montag, 18. April
Charlottenburg. Heute abend 7 1/2 Uhr Sitzung der Zeitungskommission bei Frau Schöner, 8. Hauptstr. 8.
Königsplatz. Heute Sitzung. Kronenabend bei Werner, Schuberstr. 2. Referent: Frau Lohm; Leiter: 8. 218.
Dienstag, 19. April
11. Dillstr. Sitzung. Kommunale Kommission. Schiffsweg, Strecker Str. 1. Zeitungsredakteure und Stadtverordnete haben an der Sitzung teilgenommen.
12. Dillstr. 7 1/2 Uhr Sitzung der Verhandlungskommission bei Wied, Kleinstr. 56.
Charlottenburg. Abends 8 Uhr Bes. und Diskussionsab. Rathaus, Zimmer 1. Bismarckstr. Die Verhandlungsmittler treffen sich nicht 1/2, sondern am 1/2 Uhr im Lokal der Versammlung.
Berl. von 4-7 Uhr bringendes Material vom Vertikalen abholen. Nibelungenhaus. Abends 7 Uhr findet bei Schlegel, Lindenstr. 44, der Diskussionsabend statt. Thema: Gewerkschaften und Arbeiter.
Mittwoch, 20. April
1. Dillstr. Frauen-Verband Mittwoch, abends 7 Uhr, bei Weller, Neue Köpenicker Str. 14/15. Vortrag der Genossin Bernward: Wirtschaftliche und politische Lage der Frauen.
Niederländerhaus. Abends 7 1/2 Uhr findet im Saal des Realgymnasiums, Mühlbühl Str. 3, eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Stellungnahme zur Reorganisation des neuen Dillstr.

Vereinskalender

Montag, 18. April
Abend der technischen Angestellten und Beamten. Versammlung aller Fachgruppenvereine im weißen Saal des Kurbadhauses, Invalidenstr. 126, abends 7 Uhr.
Mittwoch, 20. April
Deutscher Transportarbeiter-Verband. Am Mittwoch, den 20. d. M., abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Saal 3, eine Versammlung aller in den Karoffelbetrieben Groß-Berlins beschäftigten Mitarbeiter statt. Tagesordnung: Stellungnahme zu dem neuen Angebot des Arbeitgeberverbandes. Die Veranstaltung.

Lebensmittelkalender

Steglich. Verkauf von Kartoffelbrotmehl zu 2,80 M. ohne Karten in den einschlägigen Geschäften. Von Donnerstag, den 21., ab: Verkauf der angemeldeten Rührmittel für Jugendbrot, alte Deute über 65 Jahre und Kinder von 1-4 Jahren. Abchnitt 100 der Groß-Berliner Karte 125 Gramm Butter zu 0,40 M. Abchnitt 3 der Groß-Berliner Karte 600 Gramm Brot oder Gebäck zu 1,45 M.
Groschen. In der Woche vom 18.-24. d. M. dürfen auf Abchnitt 3 der Berliner Lebensmittelkarte 600 Gramm Brot bzw. Schrippen entnommen werden. Abchnitt 3 verliert mit Ablauf vom 24. d. M. seine Gültigkeit. Die gesammelten Abchnitte sind von den Vätern mit den Brotkarten, jedoch besonders gebündelt und geprüft, am Montag, den 25. d. M., im Rathaus, Zimmer 407, abzugeben.
Verantwortlich für Vollzug und Ausführung: Dr. Dieckhoff, Berlin-Friedrichshagen. — Verantwortlich für kommunalpolit. Vorkauf und Gewerkschaftliche: Dr. Dieckhoff, Berlin. — Verantwortlich für den Verkauf: Dr. Dieckhoff, Berlin. — Verantwortlich für den Verkauf: Dr. Dieckhoff, Berlin. — Verantwortlich für den Verkauf: Dr. Dieckhoff, Berlin. — Verantwortlich für den Verkauf: Dr. Dieckhoff, Berlin.

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
7 Uhr: Das Postamt
Die Komödie der Arrangements
Neues Volkstheater
Königsplatz
7 1/2 Uhr: Weibchen
(Schicksale der Weibchen)
Staatstheater.
Opernhaus
7 Uhr: Die Geier
7 1/2 Uhr: Die Geier
7 1/2 Uhr: Die Geier
7 1/2 Uhr: Die Geier
Deutsches Theater
Königsplatz
7 1/2 Uhr: Die Geier
Kammerstücke
7 1/2 Uhr: Die Geier
Großes Schauspielhaus
Königsplatz
7 1/2 Uhr: Die Geier
Königgräber Str.:
7 1/2 Uhr: Die Geier
Romödienhaus:
Abends 7 30 Uhr:
Die Sache mit Lola
mit Max Wallenberg
Berliner Theater:
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Sache mit Lola
mit Max Wallenberg
Milliarden
SOUPER
Alte Wäner, Jolly Bürger
Berliner, Willi Ollert, Herr. Wäner,
Paul Hettler
Triumph-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Rosen
von Hermann Sudermann
Olga Lindborg, Carola Zöllner,
Marie Haack, Heikkinen,
Valentin, Schrott, Weidmann
Kleines Theater
Luisenpark
Täglich 7 1/2 Uhr:
Carmen's Sohn
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Mascottchen
Komische Oper
Königsplatz 7 1/2 Uhr:
Cubertchen

Residenz-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das Privileg
(Paul Wegener, Dede Jählich,
Ulka Grünke, Ed. Edgar Eick)

Stoffe
für Herren-Anzüge, Hüter,
Jackets, Damen-Kostüme,
Mäntel 50., 100., 150., 200., Mark.
Nur langjährige Verbindungen mit selbstbetriebl.
Fabrikannten können für preiswerte, gute Qualitäten.
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gebr. 1903, Berlin-Brandenburg, 27-21. Gebr. 1902.

Volkszeitung in Halle (USP).
für sofort ein
tüchtiger und gewandter Redakteur
gesucht. Bewerbungen mit
Angabe der bisherigen Tätigkeit und
Schulabschlüssen sind zu richten an:
Hermann Fischer, Halle (Saale) Harz 42/44

Soeben erschien
Nr. 33 der Kleinen Bibliothek der Russischen Korrespondenz
KARL RADEK
An der Schwelle der großen
Aufbauarbeit in Sowjetrußland
Preis 50 Pfennig
Zu beziehen durch
Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig.

Soeben erschien:
G. Sinowjew
Zwölf Tage in Deutschland
91 Seiten :: Preis Mk. 2.—
Zu beziehen durch
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley,
Hamburg 11

Genossen werbt Abonnenten für die „Freiheit“

Kinderniederholten
zu Gruppenpreisen nach neuem
patentierten Verfahren (D. R. P.
Nr. 216487) mit Eisenblech ge-
schützt. Preisliste: Halbjähr-
lich. Jeder Satz 500 Kaffee-
Kugeln direkt vom Hersteller
an den Verbraucher. Ueberall
Vertrieb in Fabrikumschrei-
bungen gegen Provision gesucht.
Unternehmenswert enthalten 6
Pferd Coblen, 3 Paar Abzüge
130.00 Mk. Nachh. inkl. Porto
und Verpackung.
Eisenblechwerk
Dskar Greghel
Brand-Erdbeer, Coblenz.

Bling! Bling!
Röcke, Mäntel,
Blusen, Kleider
perkauft
Etrechlow, Freshowstr. 21
Berlin staunt!
siehe gute Preise für
ALTHEYALLE
Schuhmacher Wiese 80
Humboldt 2200. Am Ringhof.
Schüler, Kammländer, Wand-
schwarz mit und ohne Rahmen
steht max in der Buchhandlung
„Freiheit“, Breite Straße 89.

Soeben erschien
Nr. 33 der Kleinen Bibliothek der Russischen Korrespondenz
KARL RADEK
An der Schwelle der großen
Aufbauarbeit in Sowjetrußland
Preis 50 Pfennig
Zu beziehen durch
Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig.

Soeben erschien:
G. Sinowjew
Zwölf Tage in Deutschland
91 Seiten :: Preis Mk. 2.—
Zu beziehen durch
Verlag Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley,
Hamburg 11

Genossen werbt Abonnenten für die „Freiheit“

Konsum-Verein „Mercur“ für Spandau u. Umgeg. e. G. m. b. H.

Am Dienstag, den 26. April 1921, abends 7 Uhr, in der Oberrealschule Moltkestr. 2
Außerordentl. Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Aussprache und Beschlußfassung über die Auflösung unseres Vereines.
(Beschlußfassung mit der Zustimmung der Mitglieder Berlin.)
2. Wahl von 3 Liquidatoren.
Der Aufsichtsrat des Konsumvereins „Mercur“ für Spandau u. Umgeg.
Karl G. m. b. H. Vorsitzender

U * S * P
Laufkalender
mit dem
neuen Adressen-Verzeichnis
fast 4.00 Mark
nur
2.30 Mk.
Buchhandlung
„Freiheit“
Breite Straße 89
und in allen Filialen

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Piniensir. 3-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Am Mittwoch, den 20. April 1921, abends 6 Uhr,
Branchenversammlung
der Einrichter, Revisoren und Revisorinnen
im Daphnen-Gymnasium (Kante), Weinmeisterstraße 18
Tagesordnung:
1. Jahresbericht. 2. Kennzahl der Branchenentwicklung. 3. Be-
richt über den Schlichterspruch des Lohnabkommens. 4. Son-
stiges.
Antritt nur gegen Vorweisung des Mitgliedsbuches mit Nach-
weis der Branchenzugehörigkeit. Zahlreiches und pünktliches Er-
scheinen wird erwartet.
Die Disziplinar-Kommission.

Kleine Anzeigen

Verkäufe
Stammesverzeichnis! Preis-
liste 65.—, Karte 75.—
Werk an, Maschinen, Holz-
stücke (siehe alle anderen Ver-
käufe) herabgesetzt, (spezi-
elligen Sommerpreisen) keine
Verkaufswerte! Verkauft in
Werkstatt Straße 7.
Waggon, hochpreisig, in jeder
ausgewählter billiger Gebrauchs-
gegenstände, geräumiger LKW, Bau-
materialien (400.—) Spezialwagen
Stoffwagen, Waren Transport-
wagen, Werkstoff-Wagen, Er-
zeugnisse, hochpreisig.
Central-Verkauf, Lager-
straße 71, Ecke Kaiserstraße.
Täglich Verkauf von hoch-
preisigen Wagen, Eisen-
wagen und Transportwagen
von 100 M. an. Schiffs-
wagen 2 spezialen Preisen.
Keine Verkaufswerte.
25 Prozent Rabatt auf
jede beschriebene Höhe und
Preislisten. Buchhandlung
„Freiheit“, Breite Straße 89.

Verschiedenes
Warn, Reichensberger Str. 7
verkauft Eisenwagen.
Eisenarbeiten! Nicht mehr
für eine Tätigkeit findet ihr in
der Schrift von Dr. Kurt Reiche
Edelstein, „Der Arbeiter“
(2,50 Mk.) Buchhandlung „Frei-
heit“, Breite Straße 89.

Möbel
Möbel, gebraucht und neu,
Stühle und Tische, gut erhalten,
1000.—, Reiche, Holzstraße 34,
Hauptnummer achten.

Schiffelwagen 150.— bis
600.—, Metallbetten 250.— bis
2000.—, weiße Schiffschiffe,
Wärde, Auguststr. 22a, Augb.

Raufgutsche
Wandfächer, Gattlergarn,
Fischelack, Jahre Fischen, Kunst-
fisch, Tapeten, Große
Hamburger Straße 18/19.

Selbstbau
Bauplan-Verzeichnis, teils
eingesamt, Friedrichsdorf, Hohne
ausgebaut, kleine Anzeigen,
Häfen, Oststr. 11, Jena
Preis 2004.

Bibliothek der Kommunistischen Internationale

Es sind bereits folgende Bände erschienen:

Band 1: Manifest, Richtlinien, Beschlüsse des Ersten Kongresses. Aufrufe und offene Schreiben des Exekutivkomitees bis zum Zweiten Kongreß. 379 Seiten. Preis Mk. 10.—	Band 4: L. Trotzki: Terrorismus und Kommunismus. Anti Kautsky. (II. Auflage.) 180 Seiten. Preis Mk. 4.50	Band 7: Der I. Kongreß der Kommunistischen Internationale. (Protokoll der Verhandlungen.) 202 Seiten. Preis Mk. 6.—
Band 2: Die kapitalistische Welt und die Kommunistische Internationale. (Manifest des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale.) 32 Seiten. Preis Mk. 1.—	Band 5: Karl Radek: Theorie und Praxis der 2 1/2 Internationale. 56 Seiten. Preis 1.50 Mk.	Band 8: E. Varga: Die wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur. 120 Seiten. Preis Mk. 3.50
Band 3: Leitsätze und Statuten der Kommunistischen Internationale. 79 Seiten. Preis Mk. 2.50	Band 6: W. Newski und S. Rawitsch: Arbeiter- und Bauern-Universitäten in Sowjetrußland. 40 Seiten. Preis Mk. 1.—	Band 9: N. Lenin: Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus. 136 Seiten. Preis Mk. 4.—

Demnächst erscheinen:

N. Bucharin und E. Preobraschenski: Das ABC des Kommunismus / N. Lenin: Der „Radikalismus“ die Kinderkrankheit des Kommunismus (II. durchgesehene Auflage) / J. Larin und N. Kritzman: Wirtschaftsleben und wirtschaftlicher Aufbau Sowjet-Rußlands 1917-1920 / A. Losowski: Der Internationale Rat der Fach- und Industrieverbände (Moskau gegen Amsterdam) / N. Lenin und G. Sinowjew: Gegen den Strom / G. Sinowjew: Der Krieg und die Krise im Sozialismus / Karl Radek: Die auswärtige Politik Sowjetrußlands / Protokoll des I. Kongresses der Völker des Ostens / Protokoll des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale.

Zu beziehen durch die Verlagsbuchhandl. Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11